

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 12 (1992)

Heft: 24

Vorwort: Editorial

Autor: P.F.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Verdankt ferner nicht Chile seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum, ja zu dem wirtschaftspolitischen Modell Lateinamerikas, einer brutalen Diktatur?

G.Schwarz, NZZ vom 11./12.1.92

Mitterands auf der Gipfelkonferenz 1990 in La Baule den afrikanischen Staaten versprochene "Demokratie-Prämie" hat nicht gegriffen; viele dieser Staaten (ohne Bodenschätze) stehen heute vor dem wirtschaftlichen Ruin. "La démocratie ne fait pas bon ménage avec la misère", konstatiert F. Houphouët-Boigny, der Präsident der Elfenbeinküste. Beklagt wird neuerdings, dass dem "jüngsten Exportartikel aus der nördlichen Hemisphäre, der pluralistischen Demokratie", ein "ähnliches Schicksal" droht wie den "als unzerstörbar geltenden Baumaschinen" aus dem Westen: sie "gehen kaputt" (NZZ, 21.11.92). Was an der afrikanischen Wirklichkeit scheitert, so *Samir Amin*, ist die evolutionistische Sicht des Weltkapitalismus à la M. Friedmann und Weltbank, derzufolge Demokratie ein naturwüchsiges Produkt der Unterwerfung nationaler Ökonomien unter die Rationalität des globalisierten Marktes sei. Amin insistiert beharrlich auf nationaler Autonomie, die im Zuge der Entkoppelung das Recht auf Selbstbestimmung der Völker ermöglicht, sowie auf einer Übergangsökonomie, die eine effiziente Kombination von Plan und Markt erfordert. Darin bestehen die Voraussetzungen einer Demokratisierung, in der dann um "sozial-populare Inhalte" gerungen werden kann.

Globalisierung der Wirtschaft, Spaltung der Arbeitsmärkte, Arbeitsplatzvernichtung, sozialer Strukturzerfall und anhaltende Umweltzerstörung zwingen nach *Hans Schäppi* und *Walter Schöni* die Gewerkschaften dazu, das demokratische Selbstverständnis ihrer Organisationsstruktur und die Strategien ihrer Demokratisierungspolitik zu überprüfen. Kann erneuerten Konzepten von "Wirtschaftsdemokratie" aus den 70er Jahren im Rahmen einer gewerkschaftlichen "Industriepolitik" in der Schweiz eine realistische Chance eingeräumt werden? Nicht nur neue Produktionstechnologien und Sozialtechniken, sondern auch Managementkonzepte, die auf Arbeitnehmerpartizipation, Unternehmensexethik und Unternehmenskultur setzen, fordern die Gewerkschaften heraus. Aus dieser, insbesonders durch die "japanische Herausforderung" diktierte Politisierung der Produktionssphäre "von oben" ergeben sich nach *Klaus Dörre* gewerkschaftliche Gestaltungsspielräume, die zu nutzen sind, vorausgesetzt, es kommt eine gewerkschaftliche Betriebspolitik neuen Typs zum Tragen. Wie aber in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und zugesetzter sozialer Lage Fragen der "Produzentendemokratie" zum Schwerpunkt einer solidarischen Arbeitspolitik machen?

Auch die Diskurskonjunktur für "Zivilgesellschaft" ist derzeit, wie *Joachim Hirsch* feststellt, schlecht. Dass unter diesem konzeptionellen Begriff

in der seit 1989 breit geführten deutschen Diskussion - im Unterschied zur amerikanischen und osteuropäischen - gegensätzliche gesellschaftstheoretische und politische Positionen verhandelt wurden, war kein Geheimnis. Abbruch der "Zivilgesellschaft"-Debatte heisst für Hirsch fortgesetzte Analyse der Problemdimensionen, die bestehen bleiben, wenn es denn in dieser Debatte um mehr ging als um neue ideologische Selbstvergewisserung beim Widerruf linksradikaler Vergangenheiten, um mehr als Verzicht auf Utopien und Sicherung der bestehenden liberal-kapitalistischen Demokratie und Verabschiedung radikaler Kapitalismuskritik.

Für *Heinz Kleger* hat sich die Avantgarderolle der neuen sozialen Bewegungen gegenüber der "Mehrheitsgesellschaft" erschöpft; angesagt ist eine konstruktive politische Theorie des Bürgers, die Rückkehr der "Bürgergesellschaft". Dem Fingerzeig H.Arendts folgend lässt sich nach Kleger in einem politikhistorischen Rekurs auf Montesquieu und Tocqueville die "Zivilgesellschaft" als jene Bürgergesellschaft verstehen, die durch ihre Zivilpolitik - im Gegensatz zur Macht- und Gesinnungspolitik - die Fähigkeit zur politischen Gesellschaft und zur sozialen Demokratie erreicht und Verantwortung auf staatlicher und wirtschaftlicher Ebene wahrzunehmen weiss. Im Unterschied zu R.Dahrendorf, der in seinem Verständnis von Bürgergesellschaft "auf die vom Staat ganz unabhängige Vielfalt von Assoziationen setzt, die unserem Leben Sinn geben" (FAZ, 28.10.92), hält Kleger am Traditionsstrang des "bürgerlichen Radikalismus" Bernsteins fest (s. Widerspruch-Heft 19/90).

Ökologische Problemlagen und Krisenphänomene erweisen sich immer mehr als eine Grenze der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Und vor dem Hintergrund der Krise des Wohlfahrtsstaats, so *Alex Demirovic*, ist das Dilemma des magischen Dreiecks Demokratie, Ökologie und staatliche Steuerung unlösbar. Angesichts der "technokratischen Demokratieabwehr" diskutiert er Gegenvorschläge, die Demokratie und Ökologie zu vereinbaren suchen, und stellt die Frage nach einer "ökologischen Demokratie", die den ökologischen Parameter als konstitutives Element integriert. Seiner unter anderem geforderten "Kultur des Konsensus" geht allerdings eine "Reartikulation kooperativer Praxisfelder" voraus, die ihrerseits eine Veränderung der Formen herrschender Arbeitsteilung und einen Abbau des Entscheidungsmonopols auf staatlicher Ebene zur Folge hätten.

Die von Demirovic angesprochene "neue Artikulationslogik" kommt analytisch in den Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zum Zuge, die *Giacomo Schiesser* kritisch kommentiert. Laclaus und Mouffes "Dekonstruktion des Marxismus" eröffnet eine diskurstheoretische Reformulierung des Politischen und Sozialen, ein hegemoniales Praxiskonzept, das auf Radikalpluralismus und demokratischer Revolution gründet. Ihre Positionsbezüge im Projekt einer "radikalen und pluralen Demokratie" brechen mit dem klassischen universalistischen Diskurs des Sozialismus von Lenin bis Gramsci; Sozialismus wird zu einem Bestandteil der Demokratie, nicht umgekehrt. Die neue hegemoniale Praxis für die Linke basiert ihrer An-

sicht nach nicht mehr zentral auf Macht, sondern hat von der "Offenheit des Sozialen" auszugehen.

Wie demokratisch ist der Parlamentarismus in der Schweiz? Alt-Nationalrat und Linkssozialdemokrat *Hansjörg Braunschweig* sieht in der Machtverflechtung und Machtverschiebung im Interesse von Wirtschaft, Industrie und Militär die klassische Gewaltenteilung infrage gestellt. Mehr noch: Diese tabuisierte Deformierung hindert das Parlament daran, seinem liberalen Verfassungsauftrag nach Machtkontrolle, Durchsetzung von Freiheits- und Sozialrechten und nach Demokratisierung gesellschaftlicher und kultureller Bereiche gerecht zu werden. Was stattfindet, ist eine "Entmachtung" des Parlaments, die alle Ansätze einer offenen, "lebendigen Demokratie" (R.Bäumlin) in ihr Gegenteil verkehrt: Sie steht nicht mehr im Dienste der Menschen, der sozial Schwachen, Benachteiligten und Minderheiten - über die Landesgrenzen hinaus. Machtzuwachs des Verwaltungsapparates, Lobbying und Polit-Marketing, was alles der "einer Routine gehorchenden Vollzugskaste" (O.Reck) professionell zuarbeitet, schränken den Handlungsspielraum für sozial, ökologisch und friedenspolitisch engagierte ParlamentarierInnen zunehmend ein. Ausgerechnet sie werden in der Theatralik dieses Machtspiels zusehends zu Statisten degradiert.

Schlagworte wie "schweigende Mehrheit" oder "politische Ohnmacht" lüftet *Hanspeter Kriesi* in seiner Auswertung neuster Vox-Analysen. In der direkten Demokratie der Schweiz haben die durchschnittlich niedrige Stimmbeteiligung, die Politik- und Staatsverdrossenheit in erheblichem Masse mit einer mangelnden "Bürgerkompetenz" zu tun. Eine wachsende "Selbstzensur der Inkompotenz", das Schwinden des "Bürgersinns" in der jüngeren Generation sowie der sich vertiefende Graben zwischen politischer Elite und einem beträchtlichen Teil der Stimmberechtigten lassen schwerwiegende Legitimitätsprobleme des politischen Systems sowie neue soziale und kulturelle Konfliktstrukturen erkennen. Die "Modernisierungsfähigkeit" der Schweiz ist nach Kriesi gefährdet.

Die Beiträge von *Marc Spescha* und *Ruedi Epple-Gass* knüpfen an Kontroversen an, die um einige prinzipielle Fragen oppositioneller Politik in der Schweiz kreisen. Während 1992 AktivistInnen der 'Gruppe Schweiz ohne Armee'/GSoA nach ihrer überaus erfolgreichen Unterschriftensammlung gegen den Kauf des Jägers F/A-18 eine "Volksbewegung als Perspektive für ein Eurotopia" (Bresche 7/8,1992) kommen sahen, die der "direkten Demokratie einen transnationalen Energieschub verpassen" (A.Gross) könnte, wurde die politische Handhabung des direktdemokratischen Mittels Volksinitiative - das "Herz der beschränkten Volkssouveränität" (J.Lang) - von unterschiedlicher Warte aus kritisiert. Befürchten auf der bürgerlichen Seite freisinnige Staatsrechtler "einen Übergang organisierter zur plebisitzären Demokratie" (NZZ, 17.6.92), so waren andere über den Anpassungskurs der GSoA auf "der Ebene der Realpolitik" (R.Epple-Gass) erstaunt oder warnten vor "linkspopulistischen Illusionen" (U.Marti, WoZ,

17.7.982). Auf einige Aspekte dieser Kontroverse nimmt Spescha in seinen Ausführungen über "Basisdemokratie ohne Volks-Mythos" Bezug. Epple-Gass seinerseits untermauert sozial- und handlungstheoretisch seine Kritik an der institutionellen Fixierung linker, grüner alternativer und friedenspolitischer Demokratiepositionen, die dazu führen, dass das mobilisierte Protestpotential beziehungsweise die oppositionellen Kräfte kanalisiert und um ihre emanzipatorischen Ziele gebracht, die Institutionen des politischen Systems legitimatorisch gestärkt, nicht aber verändert werden. Demgegenüber besteht Epple-Gass auf "Volkssouveränität", die weder Polis-Nostalgie noch romantische "Volonté générale" ist, wohl aber im politischen Zusammenhang von Gegenmacht und Gegen-Öffentlichkeit neu zu bestimmen bleibt.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Beschlüsse mehrerer Bundesländer zur Einführung des kommunalen Ausländerstimmrechts durch einen Entscheid des Verfassungsgerichts blockiert. In der Schweiz sind in einigen Kantonen Volksinitiativen für Mitspracherechte auf kommunaler und kantonaler Ebene in Vorbereitung. Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Grüne Partei u.a.m. sind dabei, mit einer Kampagne (s. Plattform "Demokratie für alle") dem AusländerInnenstimmrecht neue Impulse zu geben. Gründe dafür gibt es, so *Maria Roselli*, mehr als genug. Wenn auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession die Abwehrhaltung überwiegt und die Repräsentanten der Wirtschaftsmacht die Ausländer- und Integrationspolitik ohnehin "marktwirtschaftlicher" gestalten wollen, so kennzeichnet die Tatsache, dass ein grosser Teil der in der Schweiz lebenden und arbeitenden Bevölkerung keine politischen Rechte hat, wohl aber seine Steuern zahlt, die normalisierte Diskriminierung in diesem Lande.

Deutschland im Herbst 1992: nach Hoyerswerda, Rostock, Sachsenhausen – Brandanschläge auf Asylwohnheime, Überfälle und Mordanschläge auf AusländerInnen, geschändete jüdische Friedhöfe und zerstörte Gedenkstätte, dann Mölln. Dieser Terror von rechts nach der "deutschen Einheit" aber kam nicht, wie anfängliche Ratlosigkeiten allerseits den Anschein geben, über Nacht. An diesem reaktionären Umschwung, so *Detlev Claussen*, ist kräftig gearbeitet worden. Was im Westen 1989/90 als "friedliche Revolution" für Demokratie und Freiheit bejubelt wurde, entlarvt sich für einen Grossteil der ostdeutschen Bevölkerung als "Lebenslüge" der Anschlusspolitik. Die "Renationalisierung" Deutschlands ist ein weiterer Demokratieverlust, was den Basiskonsens dieser Republik brüchig zu machen beginnt. Und die voreilige Rede "wider den linken Alarmismus" (Zeit, 20.11.92) unterschätzt die organisationellen und ideologischen Hintergründe des "Rechtsrucks". Aber wie *Wieland Elfferding* anmerkt, sind die Schwierigkeiten der Linken, den "hilflosen" Antifaschismus zu überwinden, vor einem schleichenden Übergang zu rechten Positionen nicht immer gefeit.

Das Konzept "Multikulturelle Gesellschaft" ist umstrittener denn je. So redet etwa H.Lummer, rechter CDU-Politiker mit Republikaner-Sympathien und "national-liberaler Erneuerer des Wertkonservativismus", von einer "multikriminellen Multikonfliktgesellschaft" (Spiegel 47/92); andere denunzieren den verbrämten "Multirassismus" (W.Porth, Konkret 11/92) oder schlagen vor, wie C.Leggewie, das Funktionieren einer "multikulturellen Demokratie" nach amerikanischen Vorbild auf der Verfassungsebene zu regeln. Vor diesem Hintergrund plädiert die Rassismusforscherin *Nora Räthzel* für eine "demokratische Einwanderungsgesellschaft", die von einigen Gefahrenmomenten des "Multikulturellen" frei wäre. Mitzubерücksichtigen sein wird, darauf weisen *Peter-Erwin Jansen* und *Joachim Volke* hin, der für die Kommunitaristen fundamentale Begriff der "Gemeinschaft", der den Kulturtheorien der "Konservativen Revolution" streitig zu machen ist.

Mascha Madörin legt aus feministischer Sicht erste Thesen zur Politik mit "Männeridentität und Frauenambivalenz" im EWR-Abstimmungskampf vor. Statt sich der politischen Problematik in der männlich besetzten Öffentlichkeit zu stellen, splitten viele Frauen in ihrer parteigebundenen und machtzentrierten Rolle ihre Ambivalenz auf. Geschlechterdifferente Argumente von Frauen, die einen EWR-Beitritt befürworteten, waren kaum zu hören. Im Klima gegenseitiger demagogischer Angstmacherei blieben die Polarisierungen in der Öffentlichkeit von herkömmlichen Mustern geschlechtsspezifischer Zuschreibungen beherrscht - Entscheidungssituationen, die sich Frauenpolitik nach Madörin nicht mehr aufzwingen lassen darf.

Im Anschluss an die Beiträge über Armutsforschung im Widerspruch-Heft 23 'Krise des Sozialen. Armut - Sozialpolitik' informieren *Gregor Husi* und *Marcel Meier* über das "Lebenslagen"-Konzept, das der derzeit durchgeführten gesamtschweizerischen Armutsstudie zugrunde liegt. Sie sehen im Forschungsverlauf Anzeichen dafür gegeben, dass das von Otto Neurath und Gerhard Weisser sozial-politisch und emanzipatorisch angelegte Forschungskonzept aus "pragmatischen Gründen" stark verwässert wird.

Das Heft schliesst mit weiteren Sammel- und Einzelbesprechungen.